

Globalisierung und Krieg

Claudia Haydt

Inhalt

1. Verstärkter globaler Interventionismus	2
2. Parallele Kriege	4
Exkurs Somalia.....	5
3. "Root Causes of Conflict"	6
4. Die Armutsfalle	8
5. (K)Ein Ausweg?	9

"Die ersten waren die ausländischen Bankiers die eifrig Kredite zu exorbitanten Zinsen vergaben, dann folgten die Finanzkontrolleure, die sicherstellten, dass die Verpflichtungen bezahlt wurden, dann tausende von ausländischen Beratern die ihren Anteil nahmen. Als das Land schließlich bankrott und hilflos war, war es Zeit für die fremden Truppen die Machthaber vor der "rebellischen" Bevölkerung zu "retten". Noch ein letzter Schluck und das Land war dahin.¹

Das Ende des kalten Krieges hat in vielen von uns die Hoffnung geweckt, das dies der Beginn einer neuen Ära des Friedens sein könnte. Die Drohung eines vielfachen Overkills durch nukleare Waffen schien genauso gebannt wie die zahllosen so genannten Stellvertreterkriege. Durch das Ende der Bipolarität wäre es nun auch endlich möglich die Friedensdividende zur weltweiten Bekämpfung der Armut zu verwenden. Leider dauerte diese Hoffnung nicht lange, Krieg und Armut stehen immer noch auf der globalen Agenda. Besonders die 90er Jahre des letzten Jahrhunderts führten für eine Reihe von Ländern sogar zu deutlichen Rückschritten. Heute gibt es im Vergleich zu 1993 in 50 Staaten mehr Armut und in 21 Ländern leiden prozentual mehr Menschen an Hunger.

Abbildung 1: Entwicklungskrise 1993 - 2003

Mehr Armut	50 Staaten
Mehr Hunger	21 Staaten
Höhere Kindersterblichkeit	14 Staaten

Quelle: UNDP(Human Development Report 2003)

¹ Pakenham, Thomas, The Scramble for Africa: White Man's Conquest of the Dark Continent From 1876 to 1912, New York 1991, p. 126.

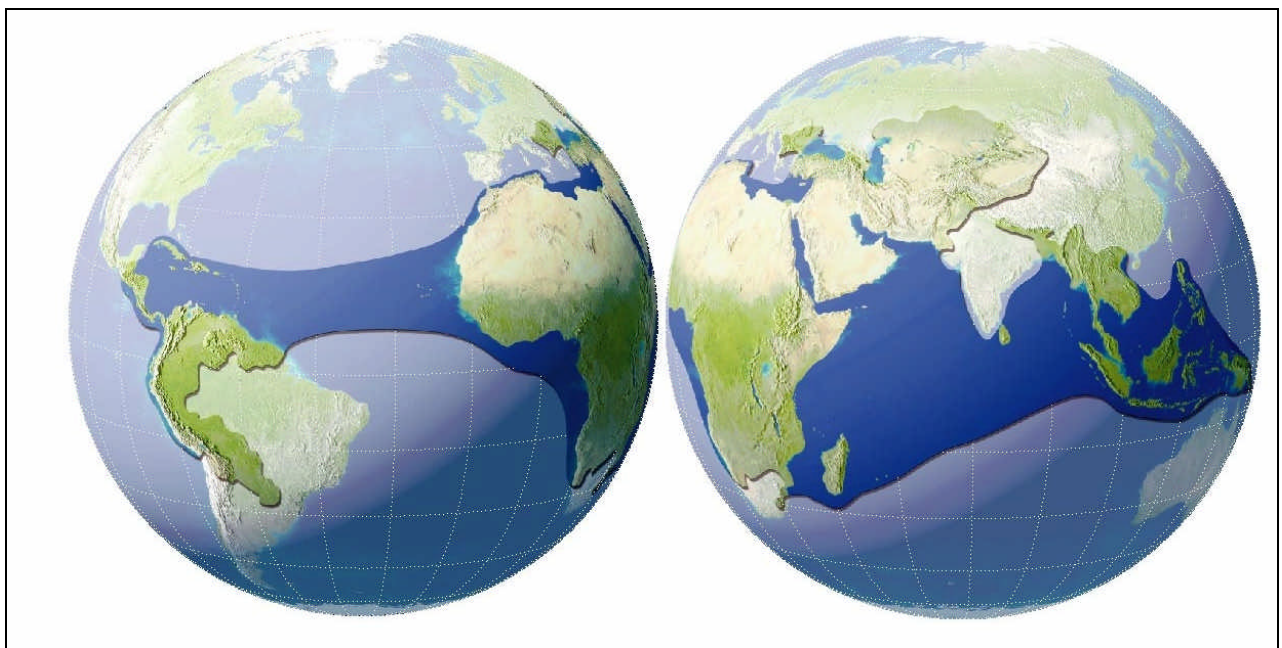
In den letzten zehn Jahren hat sowohl die globale Ungleichverteilung von Armut und Reichtum zugenommen als auch die Unsicherheit – innerhalb und zwischen Staaten. Wachsende Ungleichheit produziert häufig Spannungen, die sich immer wieder in gewaltförmigen Auseinandersetzungen entladen. Langfristig können Ungleichheiten nur gewaltsam aufrecht erhalten werden. So entstehen neue Machtbalancen mit entsprechenden Sicherheitsbedürfnissen und Sicherheitsstrategien. Die zur Zeit zu einem neuen Muster des militärischen Interventionismus und der militärischen Grenzsicherung führen.

1. Verstärkter globaler Interventionismus

Im Moment tritt die US-Administration als weltweit dominanter militärischer Akteur auf. In einem Vortrag am US Naval War College illustrierte der Professor und Berater der Bush-Administration Thomas Barnett die "Neue Weltkarte des Pentagon", die dem militärischen Interventionismus der US-Armee zugrunde liegt. Er teilt die Welt auf in einen funktionierenden "Kern"(Core) und die "Lücke"(Gap). Er beschreibt, dass Kriege – die nun "Auswärtsspiele" heißen – in nächster Zeit kaum enden werden.

"Wo werden wir nun die nächste Runde der Auswärtsspiele des US-Militärs anberaumen? Das Muster das seit dem Ende des Kalten Krieges entstanden ist, legt eine einfache Antwort nahe: in der der Lücke. (...) Wenn wir die militärischen Eingriffe der USA seit dem Ende des Kalten Krieges betrachten, dann entdecken wir eine überwältigende Konzentration der Aktivitäten in den Regionen der Welt, die vom wachsenden Kern der Globalisierung ausgeschlossen sind, das heißt in der Karibik, nahezu in ganz Afrika, im Mittleren Osten und in Südostasien. Das sind ungefähr (...) 2 Milliarden der Weltbevölkerung. Wenn wir eine Linie um die Mehrheit der militärischen Interventionen ziehen, dann haben wir im wesentlichen die sich 'Nicht-integrierende-Lücke' beschrieben."

Abbildung 2: Die Lücke



Quelle: Barnett, Thomas: *The Pentagon's New Map*, Esquire Magazine, March 2003.

Die Verbindung zwischen Integration in die globale neoliberale Ökonomie und militärischem Interventionismus wird von Barnett deutlich hervorgehoben:

"Wenn ein Land entweder gegen die Globalisierung verliert oder zu viele Inhalte der fortschreitenden Globalisierung ablehnt, dann erhöht dies die Wahrscheinlichkeit, dass die Vereinigten Staaten schlussendlich Truppen entsenden werden. Umgekehrt gilt, dass wir in der Regel in ein Land, das im großen und ganzen im Rahmen der Globalisierung funktioniert, keine Truppen entsenden müssen um dort Ordnung herzustellen und Bedrohungen auszumerzen."²

Diese äußerst aggressive Konzeption der Außenpolitik wird von Demokraten und Republikanern geteilt. Thomas L. Friedman der Starkolumnist der New York Times und ehemaliger Regierungsberater bei Madeleine Albright formulierte das mittlerweile berühmte/berühmte Statement: "Die unsichtbare Hand des Marktes funktioniert nie ohne eine unsichtbare Faust." oder: "McDonalds floriert nicht ohne McDonnell Douglas."³ Militärische Interventionen bzw. Krieg sind also nichts anderes als eine Fortsetzung der neoliberalen Ökonomie mit anderen Mitteln.

Neben der US-Administration gibt es einen neuen aufstrebenden Machtblock, der ebenfalls nach globalem Einfluss durch die Etablierung eines "neuen liberalen Imperialismus"⁴ strebt. Die Europäische Union ist bis jetzt noch nicht in der Lage mit den militärischen Fähigkeiten der USA zu konkurrieren. Aber die Ambitionen der Europäischen Union sollten nicht unterschätzt werden, sie sind klar formuliert und werden konsequent vorangetrieben. Sichtbar wird dies an der Entwicklung der Europäischen Eingreifkräfte und Battle Groups, an den europäischen Rüstungsprogrammen an den neuen Strategiepapieren. In dem Entwurf für eine europäische Verfassung⁵ wird klar formuliert, dass die Förderung des Freihandels (I-3,4) und "die Integration aller Länder in die Weltwirtschaft" (III-292,2e) zu den zentralen Aufgaben der Europäischen Außenpolitik gehört. Und der "Verteidigungs-" oder konkreter Militär-Aspekt erhält breiten Raum im Entwurf der Verfassung. Um die militärischen Fähigkeiten der Europäischen Union auszubauen wurde vereinbart: "Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern." (I-41,3).

Im Dezember 2003 – als über die Verfassung noch kein Konsens erzielt werden konnte – waren sich die Regierungschefs der Europäischen Union bei der Militärpolitik bereits einig: sie verabschiedeten eine gemeinsame Sicherheitsstrategie, die in vielen Aspekten Parallelen mit der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA aufweist. Robert Cooper, der Büroleiter von Javier Solana und früherer außenpolitischer Berater Tony Blairs, war wesentlich an der Formulierung der europäischen Sicherheitsstrategie "Ein sicheres Europa in einer besseren Welt"⁶ beteiligt. Dieser Text, der auch unter dem Namen Solana-Papier bekannt wurde, ist heute die maßgebliche Richtlinie für die Entwicklung der militärischen Fähigkeiten der Europäischen Union. Denjenigen, die sich dem "freiwilligen Imperialismus der globalen Ökonomie"⁷ nicht anschließen, wird im Solana-Papier deutlich gedroht: "Eine Reihe von

² Thomas P.M. Barnett, The Pentagon's New Map - It Explains Why We're Going To War, And Why We'll Keep Going To War. Esquire March 1, 2003.

³ Thomas L. Friedman, "A Manifesto for the Fast World", New York Times Magazine, March 28, 1999.

⁴ Robert Cooper, "A new liberal imperialism" The Observer Worldview, 7. April, 2002.

⁵ Die folgenden Zitate und Angaben von Paragraphen in Klammern beziehen sich auf den "Vertrag für eine europäische Verfassung" in der am 13. Oktober 2004 veröffentlichten Fassung. (URL: http://ue.eu.int/cms3_applications/Applications/igc/doc_register.asp?lang=EN&cmsid=576)

⁶ Europäischer Rat, Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, 12. Dezember, 2003.

⁷ Robert Cooper, "A new liberal imperialism", The Observer Worldview, 7. April, 2002.

Staaten hat sich von der internationalen Staatengemeinschaft abgekehrt. Einige haben sich isoliert, andere verstoßen beharrlich gegen die internationalen Normen. Es ist zu wünschen, dass diese Staaten zur internationalen Gemeinschaft zurückfinden, und die EU sollte bereit sein, sie dabei zu unterstützen. Denen, die zu dieser Umkehr nicht bereit sind, sollte klar sein, dass sie dafür einen Preis bezahlen müssen ..."⁸

Eine so aggressive Politik ist nur schwer mit den hohen moralischen und rechtlichen Standards in Einklang zu bringen, die die westlichen Staaten für sich selbst in Anspruch nehmen. Robert Cooper hat dieses moralische Dilemma "gelöst" indem er sich von Menschenrecht und internationalem Recht als universal gültigen Prinzipien verabschiedet:

"Es ist die Herausforderung der postmodernen Welt sich an die Vorstellung von doppelten Standards zu gewöhnen. Unter uns agieren wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit. Aber wenn wir es mit rückständigeren Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europas zu tun haben müssen zurückkehren zu den raueren Methoden einer früheren Ära – Gewalt, Präventivschläge, Betrug, was auch immer nötig ist, um mit denen klar zu kommen, die immer noch in der Welt des neunzehnten Jahrhundert leben wo jeder Staat für sich selbst stand. Unter uns halten wir die Gesetze, aber wenn wir im Dschungel operieren, dann müssen wir auch das Gesetz des Dschungels anwenden."

Die Aufteilung der Welt in Zivilisation und Dschungel, in Kern und Lücke oder auch in Gut und Böse, bedeutet schlussendlich das Gleiche: einen fundamentalen Bruch mit universellen Prinzipien und dem Völkerrecht und damit eine Rückkehr zum Faustrecht.

2. Parallele Kriege

Die Beziehung zwischen Integration in die globale Ökonomie und Krieg geht über militärischen Interventionismus hinaus. Man kann die Situation als zwei parallele Ebenen des Krieges bezeichnen. Auf der einen Ebene werden die Kämpfe mit Waffen ausgetragen auf der zweiten mit ökonomischen Programmen – überwiegend mit so genannten Strukturanpassungsprogrammen (SAPs). Beide Ebenen des Krieges sind tödlich. Die Todesopfer der ökonomischen Ebene des Krieges sind ganz offenkundig noch zahlreicher als die Opfer der "konventionellen" Kriegsführung – oft allein dadurch, dass ein bestimmtes Preisschild auf Wasser, auf medizinische Hilfe oder auf Exportgüter festgelegt wird.⁹

„Globalisierung“ ist prinzipiell nur eine neutrale Beschreibung der Zunahme von weltweiten Interdependenzen, doch sie ist in den letzten Jahren zum Schlagwort geworden für die globale Durchsetzung des neoliberalen Wirtschaftsprogramms. Neoliberale Globalisierung, das bedeutet konkret einen radikalen Umbau der Welt. Sprache verdeckt und verschleiern die tatsächliche Dramatik die die Instrumente der neoliberalen Globalisierung auslösen: *Liberalisierung* der Kapital-, Waren- und Dienstleistungsströme ist oft gleichbedeutend mit der Durchsetzung des ökonomischen Faustrechts. *Privatisierung* öffentlicher Bereiche bedeutet faktisch Abschaffung von Versorgungssicherheit bei Wasser, Bildung, ÖPNV etc, da diese oft ursprünglich öffentlichen Aufgaben nun zu „Waren“ werden, deren Anbieter nicht an der Versorgung der Bevölkerung sondern an Gewinnmaximierung orientiert sind.

⁸ Europäischer Rat, Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, 12. Dezember, 2003, S. 10.

⁹ Nach Angaben der FAO (Human Development Report 2003) sterben jeden Tag 25.000 Menschen an Unterernährung und deren direkten Folgen.

Deregulierung führt meist zur Entrechtung ökonomische Schwacher und *Flexibilisierung* von Arbeits- und Sozialgesetzgebung zu effektiverer Ausbeutung.

Für viele so genannte Entwicklungsländer führte die ökonomische Restrukturierung durch IWF und Weltbank zu einer Konzentration auf den Abbau von Rohstoffen und auf exportorientierte Landwirtschaft. Die lokalen Märkte brachen häufig zusammen, da sie nicht mit oft stark subventionierten Importprodukten konkurrieren konnten. Erbarmungslos führen SAPs immer wieder zur Verarmung breiter Teile der Bevölkerung. "Das hat Menschen zum Tode verurteilt,"¹⁰ war das unverhohlene Fazit von John Stiglitz, dem früheren Vizepräsidenten der Weltbank.

Ökonomische Rekonstruktion hat in zahlreichen ärmeren Ländern einen Prozess der Auflösung sozialer Strukturen in Gang gesetzt. Millionen von Menschen werden gezwungen ihre Dörfer und ihre Großfamilien zu verlassen. Der Kampf ums Überleben unterminiert häufig die gesellschaftliche Solidarität. Armut und Frustration macht besonders die arbeitslosen jungen Menschen zu leichten Opfern für die Rekrutierung in Bürgerkriegsarmeen.

Die Wirklichkeit der "Integration in die globale Ökonomie" bringt in vielen Ländern nicht den versprochenen Wohlstand und Fortschritt sondern produziert statt dessen Armut und Gewalt.

Krieg ist eine Folge von sozioökonomischen Veränderungen, Krieg hat aber auch gleichzeitig eine gewisse Funktionalität bei der neoliberalen Neuverteilung des Reichtums dieser Welt. Krieg vertreibt Menschen von ihrem Land. Krieg erleichtert es dadurch die Landwirtschaft von Subsistenzwirtschaft auf exportorientierte Landwirtschaft umzustellen oder andere Ressourcen wie Diamanten, Öl oder Holz zu verwerten.

Exkurs Somalia

Ein beeindruckendes Beispiel – wenn auch leider nicht das einzige – für die Zusammenhänge zwischen SAPs, Armut und Krieg ist Somalia. Bis zu den Interventionen von IWF und Weltbank zu Beginn der 80er Jahren des letzten Jahrhunderts basierte die sozioökonomische Struktur Somalias auf dem wechselseitigen Austausch zwischen nomadischen Hirten und traditionellen Bauern. In den 70er Jahren wurde die kommerzielle Viehwirtschaft stark ausgebaut und erbrachte 80 Prozent von Somalias Exporterlösen. Bis zu den 70ern versorgte sich Somalia nahezu vollständig selbst. Von der Mitte der 70er bis zur Mitte der 80er Jahre nahm die Lebensmittelhilfe zu und der billige überschüssige Weizen und Reis verdrängte die lokalen Produzenten vom Markt.

Vom IWF verordnete Sparmaßnahmen deregulierten den Getreidemarkt und führten zu massiver Verarmung der Bauern. Gleichzeitig stiegen die Preise für Treibstoff, Saatgut und Düngemittel. Somalia wurde ermutigt auf dem besten bewässerten Land Erzeugnisse anzubauen, die eine höhere Wertschöpfung ermöglichen, wie Südfrüchte, Baumwolle, Gemüse und Ölsaaten.¹¹

Die Sparmaßnahmen trafen auch die Hirten und ihr Vieh. Die tierärztliche Versorgung und Impfung der Tiere war nun nicht mehr Teil der öffentlichen Dienstleistungen des Landwirtschaftsministeriums. Tierärztliche Leistungen musste jetzt kostendeckend

¹⁰ Greg Palast, "World Bank 'Conditionalities'", The Observer, London 10. Oktober, 2001.

¹¹ Eine ausführlichere Beschreibung der Entwicklung findet sich bei: Michel Chossudovsky, The Globalisation of Poverty: Impacts of IMF and World Bank Reforms, 1997. Und: Evelyn Hong, Globalisation and the Impact on Health - A Third World View, August 2000.

refinanziert werden. Die Kommerzialisierung des Wasser setzte Bauern und Hirten zusätzlich unter Druck ebenso wie die Auflösung von Vorräten zur Fütterung der Tiere in Dürrezeiten.

In Folge dessen war es nicht verwunderlich, dass sich Krankheiten in den Herden ausbreiteten. Ohne Herden und ohne finanzielle Mittel waren die Hirten dem Hunger schutzlos ausgeliefert. Sie konnten kein Vieh mehr gegen Getreide eintauschen und das soziale Gefüge der ländlichen Ökonomie löste sich auf. Subventioniertes Fleisch und Milchprodukte aus der Europäischen Union gaben der verbleibenden Viehwirtschaft den Rest. Gleichzeitig brachen die Einnahmen des Staates zusammen und damit seine letzten Fähigkeiten die soziale Ordnung zu gestalten. Die Auflagen des IWF für Kredite verunmöglichten zusätzlich die Aufrechterhaltung öffentlicher Dienstleistungen.

Die Ausgaben im Gesundheitsbereich sanken um 75% von 1975 bis 1989. Der Schulbesuch sank um 41% und das führte wiederum zu Schließung von einem Viertel aller Grundschulen. Die realen Einkommen im öffentlichen Dienst sanken um 90%. Der totale Zusammenbruch des öffentlichen Sektors war die unausweichliche Konsequenz.

Der "Rest" von Somalias Geschichte ist bekannt. Hungersnöte und der Zusammenbruch der Zivilgesellschaft führte, dazu dass Flüchtlinge und Milizen in die Hauptstadt Mogadischu strömten und schließlich zum Bürgerkrieg. Die dramatische Medienberichterstattung über den Bürgerkrieg und die Militärintervention ging so gut wie nie auf die eigentlichen Ursachen (Root Causes) des Konfliktes ein, nämlich auf die sozioökonomische Desintegration als Folge der Strukturanpassungsprogramme des IWF.

3. "Root Causes of Conflict"

Die Suche nach den tieferen Ursachen (Root Causes) von Konflikten hat grundlegende praktische und politische Implikationen. Die Wahrnehmung eines Problems formt die "Lösung" des Problems. Eine der wertvolleren Untersuchungen zur Frage der *Root Causes* ist "Breaking the Conflict Trap", eine Studie, die 2003 von der Weltbank veröffentlicht wurde. Viele der Ergebnisse waren auch vorher bekannt. Das bemerkenswerte daran ist, dass die Weltbank diese nun auch zumindest als theoretische Erkenntnis akzeptiert. Ob sich die Praxis entsprechend schnell ändert, bleibt abzuwarten. Die Kernfrage der Weltbank-Studie nach den Ursachen von und Auswegen aus bewaffneten Konflikten findet eine simple Antwort: Der wichtigste Auslöser für Bürgerkriege ist **Armut** und nicht ethnische oder religiöse Konflikte, Stammesfehden oder schlechte "Governance".

Die von der Weltbank beauftragten Wissenschaftler arbeiteten sich durch zahllose verfügbare Daten über die Bürgerkriege der letzten Jahrzehnte. Sie suchten nach Faktoren und Korrelationen die ein Land anfälliger für Bürgerkriege machen. Es ging ihnen in erster Linie um statistische Muster und weniger um Fallstudien. In einer konkreten Bürgerkriegssituation sind immer eine Vielzahl von Ursachen, Konstellationen, geschichtliche Entwicklung und verschiedene Risikofaktoren zu beachten um den Konflikt zu verstehen. Statistische Erkenntnis sind möglicherweise nicht sehr hilfreich, wenn ein Konflikt bereits ausgebrochen ist. *Unter dem Gesichtspunkt der Prävention von Konflikten können statistische Muster jedoch von großer Bedeutung sein.*

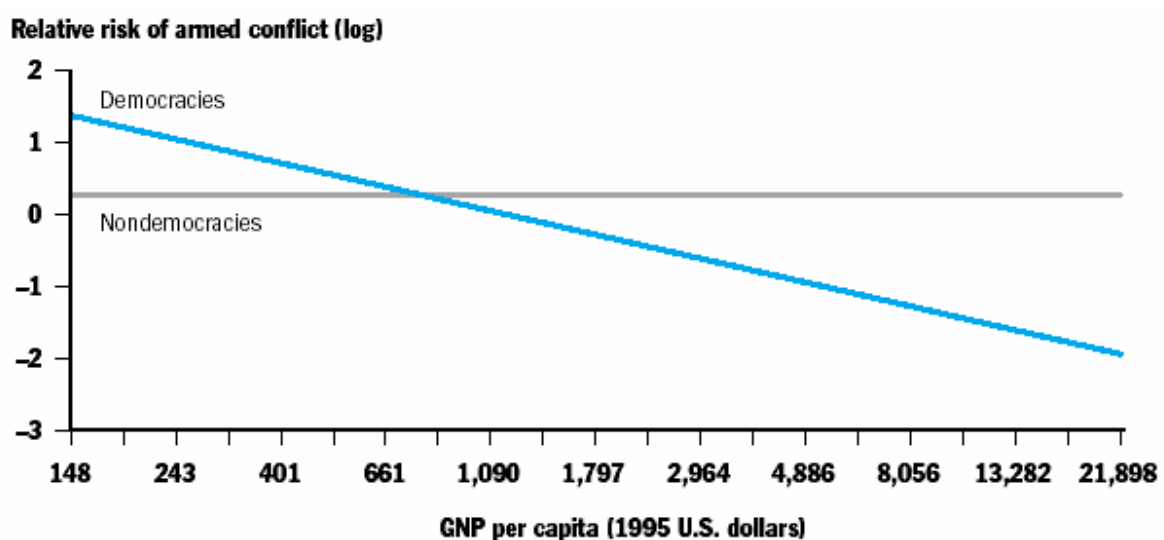
Häufig werden Konflikte durch ethnische Unterschiede erklärt. Die Autoren von "Breaking the Conflict Trap" kamen zum erstaunlichen Ergebnis, dass im Gegenteil "substantielle ethnische und religiöse Vielfalt das Risiko von Bürgerkriegen signifikant reduziert ... eine Gesellschaft ist sicherer, wenn sie aus einer Vielzahl solcher Gruppen zusammengesetzt ist,

als wenn jeder die gleiche ethnische und religiöse Zugehörigkeit ausweist."¹² Die zentrale Erklärung dieses Befundes ist wohl, dass Ethnizität eine effektive Basis für soziale Netzwerke darstellt. Dies ist besonders wichtig, wenn der öffentliche Sektor eines Landes nicht ausreichend funktionsfähig ist. Ethnische und religiöse Netzwerke können Solidarität mobilisieren und Grundversorgung bieten, wie Speisungen, medizinische Hilfe oder Bildungsangebote zusammen mit sozialer Integration. Die einzige ethnische Formation die die Problemlage verstärkt ist ethnische Dominanz. Wenn die stärkste ethnische Gruppe die anderen von der Beteiligung an der Macht und an anderen Ressourcen ausschließt, dann steigt das Risiko einer Rebellion um 50%. Dieses Problem kann auch in einem demokratischen System entstehen. Wenn dieses nicht mehr ist als bloßes Mehrheitsprinzip, dann kann die Dominanz sogar "demokratisch" stabilisiert werden.

Der Ruf nach "ethnischer Selbstbestimmung" ist oft kombiniert mit dem Kampf um Rohstoffquellen. Wenn eine Region überdurchschnittlich viele Rohstoffe besitzt, dann ist auch das Bürgerkriegsrisiko überdurchschnittlich, wobei die Wahrscheinlichkeit eines secessionistischen Krieges hoch ist. Wenn es sich bei fraglichen Rohstoff um Öl handelt, wird es sich bei einem Bürgerkrieg mit allergrößter Wahrscheinlichkeit (99,5%) um einen secessionistischen handeln, der wahrscheinlich finanziert und unterstützt wird von einigen mehr oder weniger guten Freunden von außerhalb. "Obwohl einige Sezessionskriege ethnisch strukturiert sind und die Sprache historischer Unterdrückung verwenden, wäre es sicher naiv Ethnizität als ihre tiefere Ursache zu sehen."¹³ Die politische und ökonomische Dimension der so genannten ethnischen Kriege wird am deutlichsten illustriert durch die Tatsache, dass "oft die meisten Energien auf den Machtkampf innerhalb einer ethnischen Gruppe verwandt werden."

Wenn der politische und der ökonomische Kampf zentral ist, könnte dann das Risiko eines Konflikts durch demokratische Institutionen reduziert werden? Unglücklicherweise sind Demokratien ohne ein gewisses Wohlstandsniveau relativ instabil. "Bei einem niedrigen Niveau des Pro-Kopf-Einkommens, sind politische Institutionen in Demokratien weniger stabil als in Autokratien."¹⁴

Abbildung3: Das Bürgerkriegsrisiko in Demokratien und Nicht-Demokratien abhängig von der Einkommenshöhen



Quelle: World Bank (Ed.), Breaking the poverty trap, 2003, S.. 65

¹² World Bank, Breaking the Conflict Trap, 2003, S. 57.

¹³ World Bank, S. 62.

¹⁴ World Bank, S. 64

Dies führt zu den tatsächlichen *Root Causes* von Konflikten. Das Risiko eines Bürgerkriegs ist in ökonomisch marginalisierten Staaten 10mal (!) höher als bei den so genannten "Erfolgreichen Entwicklungsländern".

Die Autoren der Studie fanden drei wegweisende Faktoren die veranschaulichen dass Armut die Bürgerkriegsursache Nummer eins ist. Durch die Verdoppelung des Pro Kopf Einkommens sinkt das Bürgerkriegsrisiko um die Hälfte. Wenn ein Land stark vom Rohstoffexport abhängig (und damit den entsprechenden Preisschwankungen auf dem Weltmarkt ausgesetzt) ist, dann steigt das Risiko bewaffneter Konflikte signifikant. Jeder Prozentpunkt Wachstum reduziert das Gewaltisiko, da es den Menschen Hoffnung vermittelt – sofern es nicht nur einer kleinen Elite zugute kommt.

Ein zentrales Problem wird leider nur indirekt angesprochen: die Dynamik die durch wachsende Verarmung ausgelöst wird. Verarmung führt zur fortgesetzt Zerstörung sozialer Strukturen und der Erosionsprozess bei fragilen sozioökonomischen Abhängigkeiten zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (vgl. Somalia) ist leider ein höchst wahrscheinlicher Ablauf für die Entstehung eines Bürgerkriegs.

Ohne Armut zu bekämpfen und die Ursachen von Armut wie die gegenwärtig gültigen Terms of Trade oder die globale Durchsetzung des neoliberalen Handelsregimes werden "weder gute politische Institutionen, noch ethnische und religiöse Homogenität, noch hohe Militärausgaben genügend Schutz bieten".¹⁵

4. Die Armutsfalle

Da Armut die wichtigste Ursache für Bürgerkriege ist, verwundert es auch nicht, dass Regionen nach einem Konflikt ein noch höheres Risiko haben sich im nächsten Konflikt wieder zu finden, als vor Ausbruch des letzten Konfliktes. In einem Teufelskreis führt Armut zu Krieg und Krieg schafft zusätzliche Armut, die wiederum zu neuen Kriegen führt. Ein bemerkenswerter Aspekt in diesem Kontext ist die begrenzte Spanne der Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit. Finanzielle Hilfe für Länder nach einem Bürgerkrieg steigt nur in den ersten drei Jahren. Langfristig (d.h. in fünf bis zehn Jahren) sinkt die Höhe der Hilfe jedoch meist unter das Vorkriegsniveau. Gleichzeitig wachsen die Schulden oder bleiben bestenfalls gleich. Die weit verbreitete Praxis Demokratisierung mit ökonomischen "Umstrukturierungsmaßnahmen" und Sparprogrammen zu verbinden verstärkt die Probleme nur.

Neben direkter Hilfe besteht westlicher "Beistand" häufig in Investitionen in "Sicherheit" und "Stabilität" durch Stärkung von "Sicherheitskräften". Dies schließt Training, Beratung und Bewaffnung von Armeen und Polizeikräften mit ein. Wobei die Unterscheidung zwischen Armee, paramilitärischen Kräften und Polizei selten eindeutig ist. Zur Kooperation gehören gewöhnlich auch Kredite für die nötigen Investitionen.

Aber hohe Militär Ausgaben schrecken Rebellen nicht ab und hohe Militärausgaben ziehen noch mehr Geld aus dem Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ab. "Nach Kriegen bleibt der Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt häufig um 2% höher als während des vorangegangenen Zeitraums."¹⁶ Das ist mindestens teilweise auf die Eliten zurückzuführen,

¹⁵ World Bank, S. 53.

¹⁶ World Bank, S. 159

die vom Krieg und den hohen Militärausgaben profitiert haben und die nun nicht daran interessiert sind, ihre Ansprüche wieder aufzugeben. Sie bilden eine starke Interessensgruppe mit Macht, Beziehungen und Ressourcen. Tatsächlicher Frieden und Aussöhnung von verfeindeten Gruppen steht häufig nicht auf ihrer Agenda. Diese Gruppen werden dennoch oft als internationale Kooperationspartner akzeptiert. Doch "ein hohes Niveau von Militärausgaben nach einem Konflikt erhöht die Gefahr eines Rückfalls in den Konflikt deutlich."¹⁷

Abbildung 4: Zusammenhang zwischen Militärausgaben und Bürgerkriegsrisiko

Militärausgaben in Prozent des BIP	Bürgerkriegsrisiko
3,5 %	10%
4,3%	30%
5,1%	50%

Quelle: World Bank: *Breaking the Conflict Trap*, 2003, S. 72ff.

5. (K)Ein Ausweg?

Militärische Interventionen von außen werden kaum ohne Eigeninteressen durchgeführt. Im ersten Teil dieser Ausführungen habe ich bereits einen kurzen Überblick über die Strategien und Interessen hinter der neuen interventionistischen Doktrin der US- und EU-Administration gegeben. Aber könnten Interventionen dennoch eine Hilfe für die notleidende Bevölkerung in einem Krisengebiet sein? "Die Ergebnisse sind enttäuschend", lautet das ernüchternde Fazit der Weltbank-Studie. "Die einzig systematisch erfolgreiche Form der Intervention war die Unterstützung von Rebellen."¹⁸ Mit militärischer Unterstützung ist es offensichtlich möglich Regierung oder Regimes zu stürzen (wie in Afghanistan wiederholt demonstriert). Jedoch scheint es kaum zu bewerkstelligen eine neue und nachhaltig funktionierende soziale und politische Ordnung mit Hilfe einer Militärintervention aufzubauen. Es gibt zwar durchaus Interventionen, die anschließend stabilere Situationen hinterlassen haben, dieses Ergebnis ist allerdings auch (und häufiger!) in Situationen zu beobachten, bei denen es keine Interventionen gab. Auch neutrale oder multilaterale Interventionen verkürzen die Konfliktdauer nicht. "Unabhängig davon, wie die Intervention konzipiert ist ... es scheint keinen Strategie-Mix zu geben, der zu einer kürzeren Dauer führt. Selbst ein neutraler Ansatz oder die Organisation der Intervention unter multilateraler Federführung reicht nicht aus für ein effektives Konfliktmanagement."¹⁹

Dies ist nun kein Plädoyer für Wegschauen und Nicht-Einmischung, sondern lediglich ein Hinweis darauf, dass "Hilfe" für die betroffene Bevölkerung nicht unbedingt ein glaubwürdiges Motiv für militärische Interventionen ist.

Es gibt durchaus Punkte an denen – neben der rein humanitären Hilfe – die Konfliktdynamik unterbrochen werden kann. Kein Krieg funktioniert ohne Soldaten, ohne Geld und ohne Waffen. Verbote von Rüstungsexporten, Druck auf Staaten, die Krisengebiete beliefern,

¹⁷ World Bank, S. 72.

¹⁸ World Bank, S. 146.

¹⁹ Regan, Patrick M.: *Third Party Interventions and the Duration of Intrastate Conflicts*; (Binghamton University) 2002, S. 31.

internationale Kontrolle von Finanzströmen (aus Ressourcenverkauf oder von militanten Exil-Gruppierungen) und Hilfe für Deserteure (z.B. Asyl) wären sehr effektive Möglichkeiten der Konflikteindämmung.

Ich hoffe, dass es mir gelungen ist, zu zeigen, dass neoliberale Globalisierung nicht nur *ein* Friedensthema ist, sondern *das* zentrale Friedensthema. Ohne eine Perspektive, die allen Menschen ein sozioökonomisches Überleben gestattet, wird es bestenfalls kurzfristige Möglichkeiten zur Befriedung von Konflikten geben, nicht jedoch dauerhaften Frieden. Gewalttätige Konflikte und Kriege sind lediglich Symptome, die nicht effektiv behandelt werden können, ohne die zugrunde liegende Krankheit, konkret, die neoliberale Globalisierung, in Angriff zu nehmen.

Im ersten Artikel des General Agreement on Trades and Services (GATS) werden "sicherheitsbezogene" Dienstleistungen "in Ausübung hoheitlicher Gewalt", also Grenzsicherung, Armeen oder Polizei, explizit von dem Druck und der Konkurrenz des "freien" Marktes ausgenommen. Die "Sicherheits"-kräfte werden als die Basis und die Garantie des freien Marktes gesehen und sind deswegen von dessen Regime befreit. Sollten wir dieses Sicherheitskonzept nicht neu und mit einem breiteren Konzept definieren - inklusive allgemeiner Menschenrechte und grundlegender menschlicher Bedürfnisse, wie sauberes Wasser, Nahrung, Obdach, medizinischer Versorgung und Bildung? (Wenigstens) Die Befriedigung solcher Grundbedürfnisse muss die Voraussetzung und Grundlage jeder Form der internationalen Regulierung von Handelsströmen sein. Ohne "human security" wird es nie eine wirklich Chance für Frieden geben.